



Dinslaken Hünxe Voerde

Kritik an Stimmungsmache gegen neue Gesamtschule

VOERDE (hsd) Die Fraktionen von CDU, SPD, WGV, Die Linke und den Grünen sowie der parteilose Ratsherr Hans-Peter Bergmann üben den Schulerschluss in Sachen Errichtung einer neuen Gesamtschule. In einer gemeinsamen Presseerklärung, an der einzig Bernhard Benninghoff von der FDP, der gegen die Gesamtschule ist, nicht beteiligt war, stellen die fünf Fraktionen und Bergmann fest, dass der Rat der Empfehlung des Schulausschusses zur Gründung der Gesamtschule zum Schuljahr 2015/16 folgen wird. Sie wenden sich gegen Akteure (zu denen das frühere FDP-Mitglied Werner Ellenberger gehört), die Stimmung gegen die bevorstehende Entscheidung machen. Von denen werde verkündet, so heißt es weiter, dass der Rat in der nächsten Sitzung am 26. August das Aus der Realschule und den Aufbau der Gesamtschule beschließen werde. In der gemeinsamen Presseerklärung wird aber darauf hingewiesen, dass der Rat zunächst einen Tendenzbeschluss zur Errichtung der Gesamtschule fassen wird, der als Startschuss für die vorbereitenden Arbeiten, wie die Elternbefragung, dient. Die schulrechtliche Beschlüsse werden erst vom Rat in seiner Sitzung am 30. September getroffen.

Die geplante Neuerrichtung einer Gesamtschule setzt die Befragung der Eltern der Schüler der Klassen 3 und 4 der Grundschulen voraus. Um eine breiteres Meinungsbild zu erhalten, sollen auch die Eltern der Zweitklässler befragt werden. In den nächsten Woche werde es dann auf der Grundlage der Ergebnisse der Elternbefragung darum gehen, „die bestmögliche Lösung für unsere Stadt am 30. September 2014 im Stadtrat zu beschließen“, heißt es weiter. Alle Gremien und Entscheider würden den Elternwillen, ausgedrückt im Ergebnis der Befragung, in den Mittelpunkt stellen, versichern CDU, SPD, WGV, Linke, Grüne und Bergmann in ihrer gemeinsamen Erklärung. Erinnert wird daran, dass Voerde mit künftig etwa 270 Schülern, die pro Jahr zu einer weiterführenden Schule wechseln würden, zu wenig Schüler für ein dreigliedriges Schulsystem habe.

Die Kommune werde die bevorstehende Elternbefragung mit Informationsveranstaltungen begleiten und sicherstellen, dass die Eltern der Grundschüler alle Informationen erhielten, die sie benötigten, um ein abschließendes Votum zu der beabsichtigten Entscheidung abzugeben. So soll gewährleistet werden, dass die von der Entscheidung Betroffenen, die Eltern der Kinder, die künftig die Voerder Schulen besuchen sollen, „unmittelbar und breit beteiligt wurden und werden“.

Kritik an Stimmungsmache gegen neue Gesamtschule

VOERDE (hsd) Die Fraktionen von CDU, SPD, WGV, Die Linke und den Grünen sowie der parteilose Ratsherr Hans-Peter Bergmann üben den Schulerschluss in Sachen Errichtung einer neuen Gesamtschule. In einer gemeinsamen Presseerklärung, an der einzig Bernhard Benninghoff von der FDP, der gegen die Gesamtschule ist, nicht beteiligt war, stellen die fünf Fraktionen und Bergmann fest, dass der Rat der Empfehlung des Schulausschusses zur Gründung der Gesamtschule zum Schuljahr 2015/16 folgen wird.

Sie wenden sich gegen Akteure (zu denen das frühere FDP-Mitglied Werner Ellenberger gehört), die Stimmung gegen die bevorstehende Entscheidung machen. Von denen werde verkündet, so heißt es weiter, dass der Rat in der nächsten Sitzung am 26. August das Aus der Realschule und den Aufbau der Gesamtschule beschließen werde. In der gemeinsamen Presseerklärung wird aber darauf hingewiesen, dass der Rat zunächst einen Tendenzbeschluss zur Errichtung der Gesamtschule fassen wird, der als Startschuss für

die vorbereitenden Arbeiten, wie die Elternbefragung, dient. Die schulrechtliche Beschlüsse werden erst vom Rat in seiner Sitzung am 30. September getroffen.

Die geplante Neuerrichtung einer Gesamtschule setzt die Befragung der Eltern der Schüler der Klassen 3 und 4 der Grundschulen voraus. Um eine breiteres Meinungsbild zu erhalten, sollen auch die Eltern der Zweitklässler befragt werden. In den nächsten Woche werde es dann auf der Grundlage der Ergebnisse der Elternbefragung darum gehen, „die

bestmögliche Lösung für unsere Stadt am 30. September 2014 im Stadtrat zu beschließen“, heißt es weiter. Alle Gremien und Entscheider würden den Elternwillen, ausgedrückt im Ergebnis der Befragung, in den Mittelpunkt stellen, versichern CDU, SPD, WGV, Linke, Grüne und Bergmann in ihrer gemeinsamen Erklärung. Erinnert wird daran, dass Voerde mit künftig etwa 270 Schülern, die pro Jahr zu einer weiterführenden Schule wechseln würden, zu wenig Schüler für ein dreigliedriges Schulsystem habe.

Die Kommune werde die bevorstehende Elternbefragung mit Informationsveranstaltungen begleiten und sicherstellen, dass die Eltern der Grundschüler alle Informationen erhielten, die sie benötigten, um ein abschließendes Votum zu der beabsichtigten Entscheidung abzugeben. So soll gewährleistet werden, dass die von der Entscheidung Betroffenen, die Eltern der Kinder, die künftig die Voerder Schulen besuchen sollen, „unmittelbar und breit beteiligt wurden und werden“.

Publikation
Lokalausgabe
Erscheinungstag
Seite

Rheinische Post Verlagsgesellschaft mbH
Rheinische Post Dinslaken
Samstag, den 23. August 2014
17

→ Impressum → Kontakt